



FACT SHEET

Die staatliche Humanitäre Hilfe Österreichs: unterdotiert & überbürokratisch

Humanitäre Hilfe und ihre komplexen Rahmenbedingungen stellen die internationale Staatengemeinschaft und humanitäre Organisationen vor zunehmend größer werdende Herausforderungen. Infolge häufiger auftretender, extremer Naturkatastrophen und komplexer Katastrophen, also dem Zusammentreffen mehrerer Konflikte und Katastrophen, sowie politischer Krisen sind immer mehr Menschen auf Humanitäre Hilfe angewiesen.

Im internationalen Vergleich schneiden die österreichischen staatlichen Budgets für Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit schlecht ab. Die Republik spart überdurchschnittlich bei der Humanitären Hilfe, Österreichs Pro-Kopf-Aufkommen liegt 2011 bei 1,2 Euro. Im Vergleich dazu gibt die annähernd gleich große Schweiz 20 Mal so viel aus: 23,8 Euro.

2011	Humanitäre Hilfe in Mio. Euro	Bevölkerung in Mio. Euro	Humanitäre Hilfe pro EinwohnerIn in Euro
Österreich	10	8,2	1,2
Deutschland	206	81,3	2,5
Irland	62	4,7	13,3
Schweiz	188	7,9	23,8
Norwegen	271	4,7	57,7

Quelle: CIA World Factbook, DAC Statistics 2011, Umrechnungsstichtag (CHF, NOK) 31.12.2011

Neben der chronischen Unterfinanzierung weist die staatliche Humanitäre Hilfe Österreichs weitere Schwächen auf:

Keine eindeutigen gesetzlichen Rahmenbedingungen

Die staatliche Mittelvergabe unterliegt keiner gesetzlichen Verankerung. Die Ministerien entscheiden nach eigenem Ermessen darüber wie viel Geld im Katastrophenfall gegeben wird. Die Humanitäre Hilfe wird dadurch zum Spielball politischer Interessen. Humanitäre Hilfe sollte jedoch immer unabhängig, unparteilich, rasch und wirksam geleistet werden.

Keine eindeutigen Zuständigkeiten

„Keiner und alle“ so in etwa lässt sich die Zuständigkeit der staatlichen Institutionen für die Humanitäre Hilfe zusammenfassen. Laut Bericht der Österreichischen Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung (ÖFSE) gibt es für die staatliche Humanitäre Hilfe keine klar erkennbaren und definierten Zuständigkeiten und Strukturen, sowohl Bund als auch Länder sind involviert. Mit der Entwicklungszusammenarbeit sind sogar sieben Ministerien befasst.

Langwierige Entscheidungsprozesse

Die Zuteilung aus dem Auslandskatastrophenfonds, der mit nur 5 Millionen Euro jährlich dotiert ist, erfolgt schwerfällig und langsam durch Ministerratsbeschluss. Das kostet im Anlassfall wertvolle Zeit und verzögert damit die Rettung von Menschenleben.

Positive Anzeichen der staatlichen Humanitären Hilfe:

Koordinationsplattform des Außenministeriums mit Nichtregierungsorganisationen

Diese wurde 2011 geschaffen und hat einen regelmäßigen Austausch zwischen staatlichen AkteurInnen und humanitären österreichischen Organisationen sowie die Stärkung der Anliegen der Humanitären Hilfe bei den relevanten politischen Instanzen und EntscheidungsträgerInnen zum Ziel.

Bereitstellung von 8,5 Millionen Euro für Ostafrika

Eine positive Ausnahme der chronischen Unterfinanzierung der staatlichen Humanitären Hilfe, die Nachfolgewirkung haben sollte, ist die Erhöhung der österreichischen Soforthilfe auf 8,5 Millionen EUR für die Hungerkatastrophe in Ostafrika im Oktober 2011. Bedenklich ist jedoch die langsame Ausschüttung der Mittel.

Fünf notwendige Reformmaßnahmen, um den Stellenwert der staatlichen Humanitären Hilfe in Österreich zu erhöhen

1. Die humanitären Prinzipien als obersten Maßstab nehmen

Die humanitären Prinzipien der Unabhängigkeit, Neutralität, Menschlichkeit und Unparteilichkeit müssen bei jeder einzelnen Maßnahme der Humanitären Hilfe oberste Leitschnur sein. Damit wird verhindert, dass die Mittelvergabe für die Humanitäre Hilfe von politischen Interessen oder nach dem Gesichtspunkt der Sichtbarkeit, beziehungsweise des Medienechos geleitet wird.

2. Klare Strukturen einführen

Um größtmögliche Effizienz und Wirksamkeit zu erreichen, braucht es eine Reform des staatlichen humanitären Bereichs. Notwendig dafür ist die Einrichtung einer einzigen Stelle, die mit einem abgesicherten Budget ausgestattet ist. Dieser Stelle sollten die Entscheidungsbefugnis, die Koordination und die Mittelvergabe der gesamten staatlichen Humanitären Hilfe obliegen.

3. Eine kohärente Strategie festlegen

Um wirksam zu sein, muss Humanitäre Hilfe einer kohärenten Strategie folgen, mit klar festgelegten Zielen, Abläufen und Instrumenten sowie klar umrissenen Zuständigkeiten. Sie muss durch ein Gesamtevaluierungssystem in der Effizienz und Effektivität ihrer Mittelverwendung beurteilt werden können und ein Konzept beinhalten, das die Humanitäre Hilfe mit der Katastrophenvorsorge und der langfristigen Entwicklungszusammenarbeit verzahnt.

4. Stärker auf Katastrophenvorsorge setzen

Die österreichische Bundesregierung muss durch wirksame Präventionsmaßnahmen dazu beitragen, dem Entstehen von Krisen, vor allem in den Schwerpunktländern und -regionen der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, vorzubeugen. Die Stärkung der lokalen Partner durch Kapazitätsaufbau soll dem steigenden Bedarf an Humanitärer Hilfe begegnen. Lokale Partner sind die ersten vor Ort, die in der Not-situation rasch handeln können. Und nicht nur das, als Kenner der lokalen Situation können sie rechtzeitig auf sich anbahnende Krisen mit Präventionsmaßnahmen reagieren.

5. Die Mittel für staatliche Humanitäre Hilfe erhöhen

Die Humanitäre Hilfe der österreichischen Bundesregierung muss mit entsprechenden Mitteln ausgestattet sein. Diese sollten vor allem für die Hilfe in akuten Katastrophen und für sogenannte „stille Katastrophen“, Katastrophenvorsorge und Maßnahmen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit von Gemeinden eingesetzt werden. Dafür sollte der Auslandskatastrophenfonds von derzeit 5 Millionen Euro auf jährlich 20 Millionen Euro erhöht werden.

Um den gesellschaftlichen und politischen Stellenwert der Humanitären Hilfe zu heben, müsste folgendes gelten: Humanitäre Hilfe ist kein Akt des Mitleids, sie ist nicht als Almosen zu verstehen und hat mit Mildtätigkeit nichts zu tun. Humanitäre Hilfe basiert auf Rechten, konkret auf Menschenrechten.

Eine Reform des österreichischen Systems der Humanitären Hilfe sowie dessen ausreichende Finanzierung sind dringend notwendig.